Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 6

Buchbesprechung: Hinweise auf Zeitschriften

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hinweise auf Zeitschriften

Sozialismus und Marxismus gehören mehr denn je zu den großen Themen der Zeitschriftenliteratur. Marxistische Diskussionen, die einst, mit gewissen Ausnahmen, das Privileg der Arbeiterparteien waren, werden heute in Frankreich, England, Amerika auf breitester Basis unter Teilnahme der Universitäten, der Kirchen, der Intellektuellen geführt, einmal zwischen Bolschewismus und Sozialismus, dann zwischen Sozialismus und Neoliberalismus. Auf diesen Gegensatz konzentrierte *Melvin J. Lasky*, der Leiter der von der amerikanischen Verwaltung in Deutschland herausgegebenen Zeitschrift «*Der Monat*» (5) – der reichhaltigsten deutscher Sprache – die Diskussion. Sie wird von drei Neoliberalen und drei Sozialdemokraten geführt. Das Vorwort der Redaktion erinnert daran, daß sich die Diskussion um den Sozialismus um 180 Grad verschoben habe. In der ersten Phase wurde der Sozialismus als Erfüllung der Demokratie von konservativer Seite bekämpft, während alle progressiven Vorkämpfer wirtschaftlicher Gleichberechtigung und politischer Freiheit zu ihm standen. Heute fürchtet man, daß der Sozialismus zu einer Negation demokratischer Prinzipien führe, so daß die diktatorischen Methoden des Wirtschaftsbolschewismus eine Entfremdung vieler linker Intellektuellen vom Sozialismus verursacht haben. Man glaubt wieder auf der einen Seite, daß Freiheit und Privateigentum zueinander gehören, schöpft aber auf der anderen neue Hoffnungen aus dem demokratischen Sozialismus der *Labour Party*[1].

Die Argumentation von *Wilhelm Röpke, Friedrich A. Hayek, J. A. Schumpeter* braucht hier nicht wiedergegeben zu werden, da man sie kennt. Röpke erinnert daran, mit seinem Artikel gegen *Gide* in der «*Neuen Zürcher Zeitung*» im Januar 1937 die Diskussion gegen die Aufhebung der Funktion freier Preise und gegen die Sozialtechnik der Planwirtschaft eröffnet zu haben[2]. Unabhängig von ihm kamen bald darauf *E. Halévy* in Frankreich und *Walter Lippmann* in Amerika zu gleichen Ergebnissen. Hayek folgte zwei Jahre später, Schumpeter nimmt einen differenzierten Standpunkt ein. Er wirft in seinem Diskussionsbeitrag der sozialistischen Demokratie durch staatliche Planwirtschaft vor, den «Idealen, die im Schrein der klassischen Lehre des Marxismus geboren sind» nicht nähergekommen zu sein.

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie tritt nun eine neue Generation hervor, die unverkennbar aus dem Erlebnis der Staatstyrannei bewußt oder unbewußt den geistigen Anschluß an den Revisionismus der Vorkriegsjahre gefunden hat. Während der Neoliberalismus das ökonomische, politische, moralische Zentralproblem dieses Jahrhunderts verkennt, das darin besteht, einen *Ausgleich zwischen individuellen und kollektiven Kräften* zu schaffen, sehen diese neuen Sprecher der Sozialdemokratie zwar nicht, *wie* die Synthese zu bewerkstelligen sei, aber sie streben sie an und sind sich zumindest des richtigen Zieles bewußt. *Ernst Tillich*, ein Neffe des sozialistischen Theologen Paul Tillich, arbeitet in seiner Zeitschrift «*Das Sozialistische Jahrhundert*» und als Dozent der neugegründeten Deutschen Hochschule für Politik in Berlin an einer Fortentwicklung der Theorie. Er hält daran fest, daß es keine staatsfreie Wirtschaft gibt, denn selbst wenn der Staat keinen Einfluß auf die Wirtschaft mehr nähme, würden die Vertreter dieser Wirtschaft auf die Regierung Einfluß haben: «Wir wünschen weder einer Staatsbürokratie noch einer Unternehmerhierarchie preisgegeben zu sein, sondern wir wünschen, daß die Gesellschaft ihre Angelegenheiten selbst und als *Gesamtheit* regelt.» Diese sozialdemokratische Gruppe gibt das Stichwort aus: «Nicht Wirtschaftsdiktatur, sondern *Rahmenplanung*, innerhalb derer ein weiter Spielraum für die einzelnen Betriebe offen bleibt». «Sozialisierung», sagt sie, «ist bestimmt und begrenzt durch die Sorge vor der Monopolisierung der Macht in privaten Händen. Sozialistische Wirtschaft ist kein Kader, sondern eine *Kombination*.» Unter diesen Umständen gibt Tillich der *Enteignung* nicht mehr die Bedeutung, die sie

---

[1] Es sei in diesem Zusammenhang auf das in New York erschienene Buch von Genosse Prof. Albert Lauterbach hingewiesen: «Economic Security and Individual Freedom – Can we have both?». – V. G.

[2] Mit Röpke hat sich die «Rote Revue» erstmals im Oktober-Heft des Jahres 1942 auseinandergesetzt. – V. G.

in der marxschen Analyse hatte, denn über das Problem des Eigentums reicht das der Verantwortung hinaus. Hier, wo man eine genauere Deutung wünscht, bemerkt Tillich nur grundsätzlich, daß diese Verantwortung weder einer Verwaltungsbürokratie noch der lediglich profitinteressierten Einzelinitiative überlassen werden kann.

In gleicher Richtung entwickelt *Willy Brandt*, der Berliner Verbindungsmann des sozialdemokratischen Parteivorstandes, seinen Gegensatz zum «Schreckgespenst einer totalen Planwirtschaft». Ihr «Zustand hat nichts mit dem zu tun, wonach der demokratische Sozialismus strebt. Er hat die *primitive* Vorstellung einer *Totalplanung* längst überwunden und sich auf den Boden einer *regulierten Marktwirtschaft* gestellt». Sozialisierung soll das Mittel sein «zum Zweck der effektiven Ausschöpfung der produktiven Möglichkeiten und zur Verhinderung gefährlicher Machtkonzentration».

Als den letzten wirklich echten Marxisten auf der Welt bezeichnet sich *Sidney Hook*, Ordinarius für Philosophie an der Universität New York, Schüler und Vorkämpfer des bekanntesten amerikanischen Philosophen *John Dewey*, in seinem Beitrag zur Diskussion des «*Monats*». Er nennt sich Marxist, weil er «glaubt, daß die Grundgedanken von Marx, wie er sie verstehe, bei *Korrektur* durch die *wissenschaftlichen Methoden, zu denen sich Marx* selbst bekannte, eher zu einem Sozialismus führen – sofern dieser überhaupt verwirklicht werden kann – als alle anderen in Betracht kommenden Lehren». Er verlangt eine *Revision* der vorherrschenden Theorien des Sozialismus, erklärt sich als *Gegner* einer *voll und ganz geplanten Wirtschaft* und dringt auf eine völlige Revision der marxistischen Strategie zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus. Ein Demokrat, meint Hook, muß natürlich nicht Sozialist oder Marxist sein, aber ein Sozialist oder Marxist *muß* Demokrat sein. Das Ziel ist «ein großzügig gemischtes Wirtschaftssystem», das staatliche und genossenschaftliche Sozialisierungen umfassen soll.

Daß die Krise der staatlichen Planwirtschaft mehr oder weniger mit der Krise des *französischen Sozialismus* zusammenfällt, geht aus dem Bericht von *Jean Rous* im «*Esprit*» (2) hervor. Die revolutionäre Strömung, die der bekannte französische Sozialist in seiner Partei vermißt, hängt, abgesehen von der unglückseligen Außenpolitik, nicht zum wenigsten damit zusammen, daß auch dem französischen Sozialismus noch keine Methoden der Sozialisierung ohne Bürokratisierung bekannt sind. Die von ihm gezeichneten Gegensätze, die man herkömmlich «links» und «rechts» nennt, drücken nur ein größeres oder geringeres Vertrauen in die angewandten Methoden aus. Auch der Gegensatz *Revolution und Reform* besteht nicht mehr als herkömmliche Antithese, da Rous nicht Revolution, sondern kühne Reformen verlangt. Auch in Frankreich wirkt der Gegensatz zwischen Kongreßbeschlüssen und Parteipraxis auf die Parteimasse ermüdend. Die französische Partei ist unter kommunistischem Druck strukturell anders geworden und nähert sich, wie ihr Rous vorwirft, einem Neoradikalismus. Aber die Zahl der verantwortungsbewußten Kräfte ist beträchtlich, die den Übergang zum Bolschewismus ablehnen. So entstehen Zwischenformationen einer sozialistischen Linken, während das Parteizentrum um Guy Mollet nach rechts zu Ramadiers Neoradikalismus übergeht. Die neuen objektiven Verhältnisse charakterisiert Rous als Parallelentwicklung eines oligarchischen Staatskapitalismus und eines bürokratischen Staatskollektivismus. Das Bedürfnis nach einer neuen theoretischen Orientierung muß zur Bildung von Studien- und Kampfgruppen führen, deren Anziehungskraft auf breite Kreise durch den unerwartet großen Erfolg von *Garry Davis* und des antikolonialistischen *Congrès des peuples contre l'impérialisme* erwiesen ist. Auch die neuen gewerkschaftlichen Gruppen zeigen, daß ein Bedürfnis besteht, die Krise zu überwinden, die eine Parteikrise der Sozialisten und Kommunisten, eine Krise des Gegensatzes zwischen Theorie und Wirklichkeit ist.

*

Nikolas Benckiser in der «*Wandlung*» (2) über «Englands regierende Partei»: reine Arbeiterdistrikte wählten konservativ, mittelständische dagegen Labour. – In «*Commentary*» (3): Daniel Bell über «*Amerikas* unmarxistische Revolution»; Carlo Levi: «Die Wiedergeburt des *italienischen Volkes*» – «*Cahiers du Sud*» (293): «Lettre sur la *Jeunesse Allemande*» von Claude Lanzmann, verurteilt die Besatzungspolitik. – «*Good Days for Nazis*» von einem zurückgekehrten deutschen Gewerkschafter in «*The Nation*» (10, ff.). Deprimierende Berichte. *F. Stgr.*